

## 9. Energiegesetz 2050

Parlamentarische Initiative Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Manuel Sahli (AL, Winterthur), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.) vom 24. November 2025

KR-Nr. 381/2025

*Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon):* Sie haben eine parlamentarische Initiative vor sich, die über zwei Seiten Gesetzestext enthält. Du meine Güte, werden sich einige denken, haben denn die Initiantinnen und Initianten das Gefühl, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und könnten einfach so zwei Seiten Gesetzestext aus dem Ärmel schütteln? Selbstverständlich ist das nicht der Fall. Der Initiative ging bereits ein intensiver demokratischer Prozess voraus. Sie geht auf die Vorlage 5921 des Regierungsrates zurück, eine Teilrevision des Energiegesetzes, die in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) und im Kantonsrat breit diskutiert und auch verändert wurde und schliesslich vom Kantonsrat verabschiedet wurde. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, und es gab auch eine Volksabstimmung über diese Vorlage. Und in dieser Volksabstimmung war die Diskussion eigentlich nur, bis wann netto null Treibhausgase erreicht werden soll. Im Gesetzestext stand «bis 2040, spätestens 2050». Das hat das Volk dann (*am 28. September 2025*) so abgelehnt.

Im Vorfeld war auch noch eine Diskussion, vor allem hier im Kantonsrat, ob es ein Zwischenziel braucht. Das war auch stark umstritten, war dann aber in der öffentlichen Diskussion nicht mehr so wichtig. Aber neben dieser Frage, neben diesen beiden zeitlichen Fragen, enthielt das Gesetz doch einiges mehr, das auch unbestritten war, und darum geht es jetzt. Es ist eine Neuauflage des bereits breit diskutierten Gesetzestextes mit zwei wesentlichen Veränderungen. Die eine Veränderung ist, dass netto null bis 2050 erreicht werden soll, netto null Treibhausgase. Und zweitens, es hat kein Zwischenziel mehr in diesem Gesetzestext drin. Das sind die beiden einzigen Veränderungen, die die Initiantinnen und Initianten vorgenommen haben.

Oder kurz zusammengefasst: Das Volk hat gesprochen, wir haben verstanden. Bitte unterstützen Sie die vorliegende parlamentarische Initiative.

*Ueli Bamert (SVP, Zürich):* Ich kann mich hier bei diesem Geschäft, glaube ich, einigermaßen kurzfassen. Die Bevölkerung hat im vergangenen September, wie vom Vorredner gesagt, die in diesem Rat beschlossenen Änderungen des Energiegesetzes sehr deutlich, nämlich mit 60 Prozent Nein-Stimmen, abgelehnt. Dabei kam es zu einem Novum. Normalerweise lehnt die Bevölkerung Klima- und Energiegesetze ja nur dann ab, wenn sie im Portemonnaie wehtun, wenn wirklich grosse neue Steuern oder irgendwelche Verbote vorgesehen sind. Wenn an der Urne einfach gute Absichten geäussert werden können, hehre Ziele, dann wurde bisher immer Ja gestimmt. Und jetzt in diesem Fall hat die Bevölkerung letzten

September ein Gesetz abgelehnt, das für den Normalbürger eigentlich fast keine Auswirkungen gehabt hätte. Sie hat aber deutlich Nein gesagt zu netto null 2040 und zu zahlreichen neuen Vorschriften für Gemeinden und die öffentliche Hand, die nur viel kosten, aber gar nichts bringen. Für uns ist dieser Volksentscheid ein klares Zeichen dafür, dass die Bevölkerung genug hat von übertriebener, übergriffiger und wirkungsloser Klimapolitik.

Für Sie sollte der Volksentscheid ein Weckruf sein, sich zurückzunehmen und aufzuhören mit diesen ewigen Forderungen nach einem Klimaschutz, der eben nur Kosten und Aufwand verursacht, die Leute hässig macht und am Verlauf des weltweiten Klimawandels aber trotzdem nichts zu ändern vermag. Und trotzdem kommen Sie jetzt schon wenige Monate nach dem deutlichen Nein der Bevölkerung wieder hier in diesen Rat mit dem genau gleichen Gesetz. Mit ein paar kleinen Änderungen kommen Sie noch einmal hierher. Für uns ist das nichts anderes als eine Missachtung des Volkswillens und eine sinnlose, kleinliche Zwängerei. Die Bevölkerung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie diese Änderungen im Energiegesetz nicht möchte, und das gilt es ohne Wenn und Aber und auch ohne Werweissen, weshalb die Bevölkerung Ja oder Nein gesagt hat, zu respektieren. Und überhaupt, der Kanton Zürich braucht gar kein neues Energiegesetz. Der einzige Bereich, auf den wir politisch wirklich Einfluss nehmen können, das sind die Gebäude, den haben wir mit dem bestehenden Energiegesetz – seit vier Jahren gilt das jetzt – bereits abgedeckt. Ausserdem ist der Klimaschutz ja auch in der Kantonsverfassung verankert, mehr ist schlicht und ergreifend nicht nötig. Und nein, der Kanton Zürich braucht auch kein eigenes Klimaziel, das haben wir nämlich schon, ein nationales Klimaziel netto null 2050; aber auch das werden wir nicht erreichen, kleine Klammerbemerkung.

Aus all diesen Gründen lehnen wir diese vorliegende PI ab. Und wir werden auch sonst jeden Versuch, das Energiegesetz wieder in irgendeiner Form zu verschärfen, mit der gleichen Vehemenz bekämpfen wie bisher, notfalls per Referendum. Vielen Dank.

*Markus Bärtschiger (SP, Schlieren):* Die Schweiz – und auch der Kanton Zürich – tut weit weniger für das Klima, als es in diesem Rat und von meinem Vorredner angenommen wird. Wir hinken hinterher, hinter dem nötigen Fahrplan zum Erreichen von netto null auch bis 2050. Der Weg, der zu diesem Netto-null-Ziel führt, ist für die Allermeisten weiterhin hochgradig unklar. Eins wissen wir aber: Es wird schweisstreibend, ist aber machbar, es ist machbar.

Was es jetzt aber endlich braucht, ist eine klare politische Marschroute, aus der wir eindeutige Handlungsmöglichkeiten für unseren Kanton, aber auch für unsere Gemeinden ableiten können, Handlungsmöglichkeiten, die sich einfordern lassen. Das im September 2025 von den Zürcher Stimmberechtigten abgelehnte Energiegesetz hätte eine solche politische Marschroute sein können. Deshalb macht es sehr wohl Sinn, den Kern dieser Gesetzesreform, notabene den lange in der KEVU und im Rat diskutierten Kern, den austarierten und auch in der öffentlichen Debatte unbestrittenen Kern dieses Gesetzes wieder auf den Weg zu bringen. Und hier zitiere ich bewusst aus der Begründung zur PI: «Damit erhalten der Kanton

und die Gemeinden» – und ich betone hier nochmals, auch die Gemeinden – «eine verlässliche Grundlage, um selbstbestimmt auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren zu können.» Und weiter im Zitat: «Mit der Gesetzesänderung kann der Auftrag gemäss Artikel 102a der Kantonsverfassung konkretisiert werden.» Und das braucht es unbedingt. Mein Vorredner hat auf die Verfassung hingewiesen, das reicht nicht. Schauen Sie an, was Bezirksräte beispielsweise sagen, wenn sich die Gemeinden auf diese Verfassung beziehen. Sie sagen, das reicht nicht, um wirklich handeln zu können, es ist keine Zwängerei.

Und wenn Sie nun finden, wir hätten jetzt bei den geopolitischen Krisen und den unklaren Sicherheitsfragen anderes zu tun, als immer wieder diese Klimakrisengeschichten zu bewirtschaften, dann fragen Sie die Bevölkerung, fragen Sie sie doch nochmals! Und das wird gemacht. Was den Leuten draussen immer noch auf den Magen schlägt, ist nach wie vor die Klimakrise. Und dann hoffe ich doch schwer, dass die steigenden Energiepreise – es wurde heute mehrmals bereits erwähnt – Ihnen erneut vor Augen führen, wie anfällig die bestehende Energieversorgung denn ist. Im Kanton Zürich verursachen die Gebäude- und Verkehrssektoren zusammen 70 Prozent der Treibhausgase. Grösstenteils geht es dabei um CO<sub>2</sub>, das von fossilen Brenn- und Treibstoffen wie Heizöl, Erdgas und Benzin freigesetzt wird. Die Abkehr von Erdöl und Erdgas – und das wird den Lobbyisten, den Vorredner, halt nicht freuen – steht daher im Mittelpunkt einer jeden Strategie. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass man weniger vom Ausland abhängig ist. Erneuerbare Energien sind somit auch Freiheitsenergien, wie es die deutsche FDP zu sagen pflegt.

Sie sehen, die PI beinhaltet keine extremen Forderungen, sondern ist ungemein weichgespült und passt in die heutige Zeit. Extrem wäre es, so weiterzumachen wie bisher. Die SP unterstützt entsprechend die parlamentarische Initiative.

*Sarah Fuchs (FDP, Meilen):* Das Energiegesetz, über das wir hier diskutieren, wurde damals vom Regierungsrat auf den Weg geschickt. Die KEVU hat es noch extremer gemacht, zurück in den Rat hineingespült, und schlussendlich wurde es vom Volk abgelehnt, meine Vorredner haben das schon erläutert. Die FDP wollte zusammen mit der SVP direkt nach dem Abstimmungssonntag ein dringliches Postulat auf den Weg schicken, um den Regierungsrat zu bitten, aufzuzeigen, wie er nun mit diesem Abstimmungsergebnis umgeht, wie er die Klimastrategie anpasst. Das wurde von der linken Ratsseite abgelehnt. Wir sind überzeugt, dass es am Regierungsrat ist, wenn überhaupt, wieder ein neues Energiegesetz auf den Weg zu schicken, und nicht am Parlament, nicht an uns. Deshalb werden wir die PI nicht überweisen.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Gerne lege ich meine Interessenbindungen offen: Ich arbeite für einen Solargrosshändler und bin im Vorstand von Swis-solar. Meine Kollegen und Kolleginnen haben es leider vergessen oder versäumt, hier diese Interessen bekannt zu geben.

Der Krieg im Iran zeigt uns in aller Deutlichkeit, wie verletzlich unsere Energieversorgung ist. Wenn eine Meerenge blockiert wird, wenn Tanker nicht mehr fahren, wenn Öl- und Gaspreise innert Tagen explodieren, dann spüren wir dies auch im Kanton Zürich. Unsere Abhängigkeit von Energie ist enorm gross. Rund drei Viertel unserer Energieträger importieren wir, das ist keine nachhaltige Ausgangslage, das ist ein Risiko, wirtschaftlich und geopolitisch.

Und genau deshalb geht es heute nicht nur um Klimapolitik, es geht um Versorgungssicherheit, es geht um Unabhängigkeit und letztlich geht es um eine sichere Zukunft. Ein Blick zurück zeigt: Unsere Vorfahren haben schon vor mehr als 100 Jahren bewusst auf heimische Ressourcen gesetzt, sie haben die Wasserkraft ausgebaut. Das war Fortschritt, das war Standortpolitik und das war der Beginn unserer heutigen Energieversorgung und unseres Wohlstands. Heute stehen wir wieder an einem solchen Punkt. Wir haben die Technologien: Photovoltaik, Windenergie, Effizienz und Speicher. Wir wissen, dass wir uns unabhängig machen können. Wir wissen, dass wir unsere Energieversorgung stärker im eigenen Land aufbauen können.

Und genau das ist der Kern dieses Gesetzes. Das Netto-null-Ziel 2050 ist kein Selbstzweck, es ist ein Wegweiser, ein Wegweiser hin zu mehr Unabhängigkeit, mehr Versorgungssicherheit und letztlich auch zu wirtschaftlicher Stabilität. Mit diesem Gesetz geben wir dem Kanton und den Gemeinden die nötigen Instrumente. Wir geben ihnen den Schlüssel, um den Weg weg von den fossilen Energien aktiv zu gestalten. Und wir geben ihnen Planungssicherheit für Investitionen, Infrastruktur und für die Zukunft.

Denn klar ist auch: Die Energiewende passiert nicht von allein, sie braucht klare Rahmenbedingungen. Der nächste Baustein der Energiewende für den Kanton Zürich wird in der KEVU aktuell schon bearbeitet, die Teilrevision des Richtplans Energie. Dort legen wir fest, welche Gebiete sich für Windenergie-Anlagen eignen. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Energieunabhängigkeit, deshalb wünsche ich mir, dass wir dort konstruktiv und zügig vorwärtskommen, denn jede Verzögerung kostet uns Zeit und hält uns länger in der Abhängigkeit von fossilen Importen.

Dieses Gesetz ist ein pragmatischer und notwendiger Schritt. Er nimmt den Volksentscheid ernst – denn es ging nur um die Jahreszahl – und führt ihn gleichzeitig in verantwortungsvoller Weise weiter. Deshalb wird die Grüne Fraktion der PI zustimmen.

*Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich):* Das aktuelle Energiesetz ist von 1983. Die Welt hat sich verändert, deshalb ist es wirklich dringend nötig, dass dieses Gesetz angepasst wird. Der Kanton und die Gemeinden brauchen verlässliche Grundlagen, um selbstbestimmt auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren zu können. Es ist allgemein bekannt, aus welchen Gründen im September 2025 das Energiegesetz abgelehnt wurde. Wir sind sicher, dass diese neue Version des Energiegesetzes überzeugt, da die kritisierten Punkte herausgenommen wurden. Mit dieser Gesetzesänderung kann der Auftrag an Kanton und Gemeinden zur

Begrenzung des Klimawandels und dessen Auswirkungen konkretisiert werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt diese PI.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* Zuerst möchte ich mich für meine (*heisere*) Stimme entschuldigen. Ich habe gestern den ersten Skitag mit meiner vierjährigen Enkelin verbracht und versucht, sie mit Wort und Tat auf die richtige Spur zu bringen (*Heiterkeit*). Das versuche ich jetzt auch mit meinem Votum zu dieser PI.

Die verlorene Abstimmung zum Energiegesetz hat unter anderem auch gezeigt, wie widersprüchlich der Mensch oft ist. Von Sorgen getrieben versucht er, sich das Leben so sicher wie möglich zu machen. Absichern ist das A und O, Versicherungen gegen Elementarschäden, Hausrat, sogar gegen das Lenken fremder Fahrzeuge, alles kennen wir. Ich selber habe sogar eine Klausel gegen Grobfahrlässigkeit in der Autohaftpflicht, was aber nicht zwingend etwas über meinen Fahrstil aussagt. Aber die Klausel zeigt: Wir versuchen, uns vor uns selber zu schützen.

Beim Klimaschutz ist es ähnlich. Laut UBS-Sorgenbarometer rangieren Umweltschutz und Klimawandel ganz oben bei den Ängsten der Schweizerinnen und Schweizer. Trotzdem scheinen in Abstimmungen, wie erlebt, viele eher eine Versicherung abschliessen zu wollen, als konkreten Schutzmassnahmen zuzustimmen. Hauptsache, kein Verzicht, keine Einschränkung, keine Pflicht. Die neue PI macht hier Sinn. Sie ermöglicht bessere Ansätze, ohne uns zu zwingen, und das ist richtig so. Denn Klimaschutzmassnahmen wirken erst, wenn die Betroffenen sie mittragen, also wir alle.

Die EVP unterstützt die PI und setzt sich dafür ein, dass daraus ein pragmatisches, breit akzeptiertes Werkzeug für konkreten und bezahlbaren Klimaschutz wird.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 381/2025 stimmen 95 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsident Beat Habegger:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.